

Das internationale Finanzsystem ist gescheitert



SOCIAL WATCH
www.socialwatch.org



Wirtschaftliche Phänomene beschreibt man gerne mit Metaphern, die mit Wasser zu tun haben: Geld »fließt«, Wohlfahrtsgewinne »sickern« zu den Armen durch, Geld»quellen« »sprudeln« oder »versiegen«, Kapital »strömt« ...

Deshalb lässt ein erster Blick auf die internationale Finanzwirtschaft viele an einen Wasserfall denken - ebenso wie die Öffentlichkeit in reichen Ländern meistens davon ausgeht, dass es einen Abfluss ihrer Steuergelder in arme Länder in der Form von Hilfen gibt. Aber das herabstürzende »Wasser« erreicht die Armen nicht. Es fließt bergauf. Das Netzwerk Social Watch verwendet deshalb dieses von der Radierung »Wasserfall« von MC Escher inspirierte Bild als Metapher für die globale Finanzarchitektur. Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) spielen noch immer eine herausragende Rolle, obwohl sie ihre ursprünglichen Ziele - finanzielle Stabilität, Vollbeschäftigung und Entwicklung - nicht verwirklichen helfen konnten. Statt dessen wird Kapital aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen abgezogen und in die internationalen Finanzzentren gelenkt, wo es ohnehin im Überfluss vorhanden ist.

Das internationale Finanzsystem brach 2008 fast zusammen. Die Kreditquellen versiegt und die Rezession griff von den reichsten auf die ärmsten Volkswirtschaften über.

Weltweit sind mittlerweile über 10.000 Milliarden US-Dollar an Subventionen und Steuererleichterungen an Konzerne, Banken und wohlhabende Einzelpersonen geflossen, haben aber meist nicht zu neuen Krediten oder die Produktion fördernden Ausgaben geführt. Die Banken geben nur zögerlich Kredite und die Menschen sparen ihr Geld lieber. Wer arm ist, muss hingegen jeden Cent für das tägliche Überleben ausgeben. In die Armen zu investieren, wäre nicht nur gerechter, es könnte auch am ehesten die Wirtschaft ankurbeln.

SPEKULATION MACHT HUNGRIG

Die Krise im Finanzsystem ging mit einem starken Anstieg und anschließenden Fall der Rohstoffpreise einher. Die Preiserhöhungen bei einigen Gütern belasteten viele der von Nahrungsmittel- und Energieimporten abhängigen Entwicklungsländer extrem, und sie trugen 2007 und 2008 in einer Reihe von Ländern zu Ernährungsrisiken bei. Der anschließende Einbruch der Rohstoffpreise war wiederum einer der wesentlichen Ursachen dafür, dass die Rezession in den wichtigsten Industrieländern auch die Entwicklungsländer in Mitleidenschaft zog. Die wachsende Präsenz von Finanzinvestoren an den Rohstoffbörsen löst Besorgnis darüber aus, dass sowohl die Preisexplosion als auch der nachfolgende Einbruch von Spekulanten verursacht worden sein könnten.

(redaktionell bearbeiteter Auszug aus dem UNCTAD-Bericht „The Global Economic Crash“, 2009)

BÖCKE ALS GÄRTNER

Rating-Agenturen sind Unternehmen, die den Wert von Anleihen und Schuldverschreibungen von Regierungen oder Großkonzernen einschätzen, die an den Finanzmärkten gehandelt werden. Die Bonität (Rückzahlungsfähigkeit) schlägt sich in den Zinsen nieder, die zu zahlen sind. Wer als schlechter Schuldner gilt, muss höhere Zinsen zahlen (Risikozuschlag). Langfristig investierenden Institutionen wie Pensionsfonds wird häufig per Gesetz oder Verordnung vorgeschrieben, ausschließlich Wertpapiere mit bester Bonität anzukaufen. Eigentlich gibt es nur drei Rating-Agenturen: Fitch, Moody's und Standard and Poor's. Sie scheinen aber nicht unabhängig. Denn sie bewerten genau dieselben Unternehmen, denen sie auch einen Großteil ihrer Einnahmen verdanken. Mit dem Zusammenbruch an der Wall Street im September 2008 zeigte sich, dass viele als sicher eingestufte Anlagepapiere praktisch wertlos waren. So gingen im Herbst 2008 weltweit Vermögen in Höhe von schätzungsweise 50.000 Milliarden US-Dollar verloren.

UNERFÜLLTE VERSPRECHUNGEN

Der Londoner G-20 Gipfel versprach, die Weltwirtschaft wieder in Schwung zu bringen: Wachstum und Arbeitsplätze, Vertrauen und Kreditgeschäfte sollten wieder hergestellt, die Finanzmärkte sowie Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank sollten reformiert, Protektionismus verhindert und die Wirtschaft ökologisch nachhaltig wieder angekurbelt werden. Die einzige greifbare finanzielle Verpflichtung bestand jedoch in Geldspritzen von 750 Mrd. US-Dollar an den IWF und 250 Mrd. an die Weltbank. Zwar soll das Monopol Europas und der USA bei der Besetzung der Führungspositionen von IWF und Bank beendet werden, doch frühestens ab 2010. Eine Finanzspritze für IWF und Weltbank, ohne diese Institutionen zu reformieren, hat jedoch nicht die gleichen positiven Auswirkungen wie etwa eine koordinierte Konjunkturmaßnahme zur Stärkung der Nachfrage in allen Staaten. So kann der IWF den Entwicklungsländern weiterhin die gleiche prozyklische, wachstumshemmende Sparpolitik aufzwingen, die zur Krise beigetragen hat.

(redaktionell bearbeiteter Auszug aus einer Analyse von Bhumiika Muchhal)

PRIVATE

PUBLIC

CASINOWIRTSCHAFT: JEDES KARTENHAUS STÜRZT IRGENDWANN EIN

Der gesunde Menschenverstand und die Grundregeln der Mathematik sprechen dagegen, dass eine Kapitalanlage langfristig mehr abwerfen kann als in der realen Wirtschaft damit produziert wird. Dennoch flossen riesige Mengen Erspartes in Hedgefonds und andere kreditbasierte »innovative« Finanzinstrumente - auch aufgrund falscher Bonitätsbewertungen. Die Idee: Die Gewinne fallen höher aus, als die Zinsen, die bezahlt werden müssen. Dies läuft häufig in mehreren Stufen ab: Anleger nehmen einen Kredit auf, um in einen Fonds zu investieren, der wiederum einen Kredit aufgenommen hat, um in Hedgefonds zu investieren... Diese Pyramide stürzte im September 2008 wie ein Kartenhaus ein - und mit ihr verschwand die Illusion, dass man Wohlstand durch entfesselte Kapitalmärkte schaffen könne.

OFFSHORE BANKING

Berechnungen des Tax Justice Network lassen darauf schließen, dass gegenwärtig annähernd 11.500 Milliarden US-Dollar Privatvermögen in Steueroasen geparkt ist. Diese Gelder wurden zum großen Teil nicht versteuert. Die mit diesem nicht deklarierten Vermögen erwirtschafteten Jahreseinnahmen bewegen sich weltweit schätzungsweise auf 860 Milliarden US-Dollar. Selbst ein bescheidener Steuersatz von 30 Prozent ergäbe ungefähr 255 Mrd. US-Dollar Mehreinnahmen - jährlich. Anders gesagt: Wenn nur die Superreichen ihre Einkommenssteuern zahlten, könnten damit die nötigen Maßnahmen zur Halbierung der weltweiten Armut finanziert werden.

TROTZ MANGELS ZUM HORTEN VON DEVISEN GEZWUNGEN

Angesichts instabiler Weltfinanzen müssen Entwicklungsländer riesige Reserven an ungenutzten Geldern vorhalten, nur um ihre Währungen vor Spekulationskäufen schützen zu können. Um diese Reserven aufzubauen, kaufen arme Länder US-Schatzbriefe an, die mit nur drei Prozent verzinst sind. Damit liegen diese Schuldverschreibungen erheblich unter den Zinssätzen, die Entwicklungsländer für ihre eigenen Schulden zahlen müssen.

RÜCKÜBERWEISUNGEN SCHWINDEN

Seit 1995 kommt durch Geldsendungen aus dem Ausland mehr Geld zusammen als die gesamte offizielle Entwicklungshilfe beträgt. In Mexiko sind die Geldsendungen der EmigrantInnen für 21 Prozent der daheim gebliebenen Familien unentbehrlich geworden. Überweisungen aus dem Ausland nach Mexiko gingen im Januar 2009 aufgrund des Einbruchs der amerikanischen Wirtschaft und immigrierender US-Politik um fast sechs Prozent zurück.

NICHT EINMAL DIE HÄLFTE KOMMT AN

Jene Gelder, die tatsächlich zur Entwicklungsfinanzierung in den ärmsten Ländern bereit stehen, belaufen sich auf ungefähr 30 Milliarden US-Dollar pro Jahr oder weniger als 40 Prozent der für die Entwicklungshilfe bereit gestellten Gesamtsumme. Verwaltungskosten, technische Unterstützung, Bilanzierung erlassener Schulden, Koppelung der Hilfe an Käufe in den Geberländern sowie Hilfe an geostrategisch wichtige, aber nicht so bedürftige Länder sind einige der Gründe dafür, dass über 60 Prozent der gegenwärtigen Hilfszahlungen nicht für die Finanzierung vordringlicher Entwicklungsbedürfnisse wie Gesundheit und Grundbildung zur Verfügung stehen.

Sources: OECD (April 2009) and The reality of aid 2008

ARME UND FRAUEN SIND AM STÄRKSTEN BETROFFEN

Die Armen dieser Welt werden gegenwärtig von einer Krise heimgesucht, die sie nicht zu verantworten haben. Nach Schätzungen für 2009 geraten infolge der Wirtschaftskrise 53 Millionen Menschen zusätzlich in Armut und 200.000 bis 400.000 Babies werden sterben. Frauen müssen den Ausgleich für die schlechtere staatliche Gesundheits- und Bildungsversorgung schaffen. Sie leiden zudem unter häuslicher Gewalt, die mit der Arbeits- und Aussichtslosigkeit zunimmt. Einkommensschwache Länder stehen dieses Jahr vor einer Finanzierungslücke, die zwischen 270 und 700 Milliarden US-Dollar liegt. Allein den afrikanischen Ländern entstanden seit Beginn der Krise 2007 bis Ende 2009 Einnahmeverluste von etwa 49 Milliarden US-Dollar. Zwar wurden 2.000 Mrd. US-Dollar zur Ankerbelugung der Volkswirtschaften des Nordens und der Schwellenländer bereitgestellt, aber reichere Länder stellten nur circa vier Mrd. US-Dollar an zusätzlicher Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung.

WAS NÖTIG WÄRE

Wenn einkommensschwache Länder ihr Steuersystem überarbeiten sowie ihre Finanzverwaltung stärken und die Steuerbefreiung für transnationale Anleger abschaffen könnten, und wenn der Anteil öffentlicher Einnahmen am Bruttoinlandsprodukt (12 Prozent in 2003) auf das durchschnittliche Niveau der reichen Länder (26 Prozent in 2003) stiege, könnten ihre Regierungen annähernd 140 Milliarden US-Dollar pro Jahr mehr einnehmen.

DAS UNSICHTBARE PROBLEM

Für jeden Euro Entwicklungshilfe fließen zehn Euro durch Kapitalflucht aus den armen Ländern ab. Entwicklungsländer verlieren jährlich schätzungsweise über 500 Milliarden US-Dollar durch illegalen Kapitalabfluss, der nicht den Behörden gemeldet wird und deshalb unbesteuert bleibt. Die Kapitalflucht wird großenteils mittels falscher Preisangaben über den Außenhandel abgewickelt. »Offshore«-Finanzplätze und das Bankgeheimnis erschweren den Regierungen der Entwicklungsländer das Einziehen von Steuern. Multinationale Konzerne, Finanzinstitutionen, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Anwälte und Gesetzgeber haben sich alle der Mittäterschaft bei Ausführung, Erleichterung und aktiven Verbrennung von illegalen Kapitaltransfers schuldig gemacht.

Die Armen trifft es doppelt

Die Entscheidung vieler reicher Länder, ihre Banken mit Staatsgeldern zu stützen, wirkt sich negativ auf Banken in armen Ländern aus: Sie ermutigt den dort lebenden Menschen, Ersparnisse aus ihren gesunden Banken abzugeben und amerikanischen oder europäischen Einrichtungen anzuvertrauen, die technisch zwar bankrott sind, aber von mächtigen Staaten gestützt werden. Während die Regierungen reicher Länder viele Milliarden ausgeben, um einer Schrumpfung des Privatsektors entgegenzuwirken, leiden Entwicklungsländer unter sinkenden Rohstoffpreisen, nachlassenden Rücküberweisungen aus dem Ausland sowie Kreditverknappung.

KONSUM AUF PUMP

Die meisten G-7 Mitglieder, die politisch mächtigsten Länder der Welt, sind hoch verschuldet. Die Außenverschuldung Großbritanniens liegt bei dem mehr als Vierfachen seines Jahreseinkommens, in Deutschland beim Einzehnfachen und in den USA entspricht sie dem jährlichen Bruttoinlandsprodukt. Die führenden Länder haben mehr als zehn Jahre lang Handels- und Haushaltsdefizite vor sich her geschoben und die Schuldenberge angehäuft. Jetzt verschlimmern die Bankenrettungs- und Konjunkturpakete ihr Schuldenproblem noch. Die reichen Länder haben ihre Verbraucher mit billig produzierten Gütern aus Asien, Lateinamerika und Afrika zufrieden gestellt. Arme Länder wie China oder Brasilien überließen ihre Überschüsse den defizitären Ökonomen, damit diese ihren Konsum steigern konnten.

(redaktionell bearbeiteter Auszug aus Oscar Ugarteche, »The G20 and the HIRCS«)

TRANSPARENZ FEHLANZEIGE

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit Sitz in Basel/Schweiz mit über 500 Mitarbeitern ist die erste internationale Finanzorganisation (gegründet 1930) und noch heute ein Stützpfiler der internationalen Finanzarchitektur. Als Bank bietet die BIZ nur ihren Mitgliedern, den Zentralbanken aus 55 entwickelten Staaten und Ländern mittleren Einkommens Dienstleistungen an. Aber sie spielt als zentrale Rolle bei der Festlegung von Bankregeln im Rahmen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht und des Finanzstabilitätsforums (FSF). Der G-20 Gipfel betraute das FSF mit der Überwachung der globalen Finanzstabilität und mittelfristigen Förderung von Reformen. Einige Kritiker befürchten, dass diese Maßnahmen zu sehr in die nationale Souveränität eingreifen könnten, während andere die Meinung vertreten, dass die Macht des neuen Gremiums nicht wirklich für Reformen reiche. In jüngster Zeit waren die BIZ und ihre Baseler Ausschüsse für die Formulierung von Normen in jenen Finanzbereichen zuständig, die in dramatischer Weise bei der Sicherstellung finanzieller Stabilität versagten.

NOCH WENIGER REGULIERUNG?

Derzeit drängen entwickelte Länder und ihre Finanzinstitutionen in der sogenannten Doha-Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) Entwicklungsländer dazu, ihre Finanzmärkte zu öffnen: Sie sollen die Niederlassungen ausländischer Banken sowie ungehinderten grenzüberschreitenden Geldverkehr und Finanzdienstleistungen erlauben. Werden die Verhandlungen wie vorgeschlagen abgeschlossen, würden die Entwicklungsländer noch verwundbarer. Gerade jene Länder würden zukünftig ihre WTO-Pflichten verletzen, die sich an die von der Stiglitz-Kommission vorgeschlagene Politik der Regulierung von Finanzströmen, -institutionen und -instrumenten halten wollen. Es ist deshalb widersprüchlich, dass G-20 Regierungschefs gleichzeitig eine bessere Regulierung globaler Finanzen und den »Erfolg« der Doha-Runde fordern.

(redaktionell bearbeiteter Auszug aus einer Analyse des Third World Network)

DEMOKRATISCHE DEFIZITE

Weniger als ein Drittel aller Staaten sind Mitglieder der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und ihrer Ausschüsse. Deren Entscheidungen werden jedoch zu überall geltenden internationalen Finanzregeln. In der Welthandelsorganisation (WTO) hat zwar jedes Land eine Stimme. Doch wichtige Beschlüsse werden hier per Konsens gefasst. In der Praxis haben nur die großen Industrieländern wirkliche Verhandlungsmacht. Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen: »Im Kern geht der Streit nicht um die Globalisierung und auch nicht um den Markt als Institution, sondern um die Ungerechtigkeit institutioneller Verfahrensweisen, die zu einer sehr ungleichen Verteilung der Globalisierungsgewinne führen.«

VERBRECHEN LOHNT SICH

Der grenzüberschreitende Gewinntransfer aus Kriminalität, Korruption und Steuerhinterziehung beläuft sich auf 1.000 bis 1.600 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Davon stammen die Hälfte aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Antonio Maria Costa, Chef der UN-Verbrechens- und Drogenüberwachung, hat Beweise dafür gefunden, dass in der jüngsten Krise »Drogengeld vielfach das einzige flüssige Anlagekapital darstellte«. Erlöse aus dem Drogenhandel haben Banken in der globalen Finanzkrise über Wasser gehalten.

GEWINNE PRIVATISIEREN

Steuern sind ein Schlüssel zu Wohlstand oder Armut von Nationen. Aber in Steuer»oasen« gibt es ein Bankgeheimnis, geringe oder gar keine Besteuerung und lasche Regulierung oder auch alles gleichzeitig. So bieten Steuer»paradiese« großen Unternehmen und wohlhabenden Einzelpersonen die Möglichkeit, von den Vorzügen der Besteuerung in den Ländern zu profitieren, in denen sie leben und produzieren lassen, ohne selbst dazu einen Beitrag zu leisten: Dazu zählen eine steuerfinanzierte Infrastruktur, Bildung und Rechtsstaatlichkeit. Wer sein Geld »offshore« bringt, lässt andere die Lasten tragen. »Offshore«-Finanzplätze sind nicht nur auf Inseln und in Kleinststaaten zu finden. Gerade die größten Finanzzentren wie London und New York bieten Bankgeheimnis und andere Sonderkonditionen, um ausländisches Kapital anzuziehen. Das außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Steuerbehörden verwaltete Vermögen entspricht ungefähr einem Drittel des globalen Vermögens. Mehr als die Hälfte des gesamten Welthandels wird »offshore« abgewickelt.

(redaktionell bearbeiteter Auszug aus Oscar Ugarteche, »The G20 and the HIRCS«)